

Israels Staats- und Verfassungskrise

von Reiner Bernstein

Israel braucht keine auswärtigen Feinde. Der Tod von neun Türken auf der „Mavi Marmara“ („Blaues Marmara-Meer“) in internationalen Gewässern vor der Küste des Gazastreifens Ende Mai 2010 ist der jüngste Beleg dafür, dass sich Israel inmitten einer tiefen Staatskrise befindet und weit mehr als eine „Tragödie“ darstellt¹. Der Nachweis ist müßig, ob, wie und wie viele Passagiere auf dem Fährschiff bewaffnet waren und gegen die bewaffneten israelischen Soldaten vorgingen, auch wenn festgehalten werden sollte, dass es einem Großteil der für die „Freiheitsflottille“ Verantwortlichen mehr auf eine politische Demonstration denn auf einen humanitären Einsatz angekommen sein dürfte. Doch gemäß dem internationalen Seerecht wäre eine militärische Blockade des Gazastreifens nur dann zulässig gewesen, wenn sich Israel explizit in einem Krieg mit den Palästinensern befinden würde². Würde es eine solche Erklärung abgeben, wäre freilich der Souveränitätsvorbehalt über alle palästinensischen Gebiete hinfällig, der das Verhältnis zur Westbank, zu Ost-Jerusalem und zum Gazastreifen offiziell bestimmt.

Die Konfrontation in den internationalen Gewässern zeigt einmal mehr die Konzeptionslosigkeit des politischen Personals in Jerusalem, und der Aufruhr in der Knesset über die kritischen Bemerkungen mehrerer arabischer Abgeordneter wenige Tage später hat ein Übriges getan, das Vertrauen in eine sichere Zukunft des Landes zu schwächen. Notorsche Hinweise auf die Lebendigkeit des pluralen Kräftespiels klingen geradezu rührend, würden sich dahinter nicht brisante Phänomene der demokratiepolitischen Auszehrung verbergen. Dazu gehören der Vormarsch des orthodox-religiösen Establishments und Versuche, ausgerechnet auf Betreiben des Justizministers dem Obersten Gericht Zügel anzulegen, um Normenkontrollklagen in

Sicherheitsangelegenheiten zu verhindern. Aber auch der Regierungsantritt von Benjamin Netanyahu gibt zu erkennen, dass das Regierungssystem versteinert ist, weil es sich erfolgreich auf den nationalen Konsens berufen kann, der alternative Optionen ausschaltet. Von Mal zu Mal haben Parlamentswahlen die politische Lage dramatisch verschärft.

Die Opposition ist zerrissen. Ihr fehlt eine glaubwürdige Führung, die sich jenseits politisch-intellektueller Spitzenleistungen von Historikern, Politologen und Autoren auf ein beachtliches Potential in der Bevölkerung stützen könnte. Der Sieg der Arbeitspartei im Frühjahr 1992 brachte nicht, wie erhofft, einen Wendepunkt für künftiges Regierungshandeln³. Denn seither hat sie jede eigenständige Gestaltungskraft verloren – mit dem Ergebnis, dass ihre Mitgliederzahl dramatisch gesunken ist. Die Abspaltung von „Kadima“ erweist sich als ein „Likud light“. Der Partei von Tsipi Livni fehlt jede organisatorische und personelle Grundierung als Voraussetzung jeder politischen Arbeit mit dem Ziel strategischer Glaubwürdigkeit.

Das hat Folgen. Vor einigen Monaten hat Barack Obama darüber geklagt, dass ihm die Kraft fehle, einen Neuanfang im Nahen Osten in Gang zu setzen, weil seiner Administration das Potential eines handlungsfähigen Friedenslagers in Israel fehle. Fast erscheint es als ein Paradoxon, dass es sich bei der Autonomiebehörde in Ramallah und bei der „ Hamas“-Regierung im seit 2007 abgeriegelten Gazastreifen auf je eigene Weise um verlässliche Stabilitätsfaktoren handelt. Denn man weiß, mit wem man es zu tun hat: hier mit einem Kabinet, das trotz aller Widrigkeiten an der Zweistaatenlösung festhält, dort ein Regime, das sich auf das Völkerrecht beruft, deren Achtung ihm im Innern kaum einen Wimpernschlag wert ist. Als eine weitere Parallele, die kaum mehr Erstaunen auslöst, tritt die Kongruenz zwischen Israel und „ Hamas“ auf: Beide vertrauen auf die Mittel der strukturellen Gewalt nach innen und nach außen.

Vom Verfall der staatlichen Institutionen in Jerusalem und Tel Aviv ist lediglich das Militär mit dem Verteidigungsministerium im Hintergrund ausgenommen – ohne Rücksicht auf eigene Verluste. Gemeinsam verfügen sie über jene Handlungskompetenz, die den Primat der Politik jederzeit zu überspielen kann. Die Hegemonie militärischer Optionen war bereits in der britischen Mandatszeit erkennbar⁴. Später beschuldigte das Außenministerium Generalstabschef Moshe Dayan, die Armee zu politisieren⁵. Im Vorfeld des Junikrieges wurden erneut Befürchtungen laut, dass die Armee die Regierung übernehmen wolle⁶. Seither haben ihre strategische Autorität und ihr diszipliniertes Vorgehen ein Ausmaß erreicht, denen keine Gegengewichte von Bedeutung auf den Fluren der Ministerien gewachsen sind⁷.

Stattdessen ist diesen außerparlamentarischen Kräften aus leidenschaftlicher Siedlerbewegung und militärischem Führungspersonal der Marsch durch die Institutionen geglückt. Das gängige Reservistensystem sorgt zusätzlich für die starke Verdichtung des Geflechts aus Zivilgesellschaft und Militär. Diese Mechanik hat der Planungsabteilung der Armee einen fast unbegrenzten Zugang zu den Methoden und Ergebnissen der Forschung auf den Feldern strategischer Studien, der internationalen Beziehungen sowie der Politischen und der technischen Wissenschaften eingeräumt⁸. Selbst die Spitzen des Sicherheitsdienstes sind nicht die Klage gescheut, dass die schädliche Dominanz des Generalstabs zu einem der größten Hindernisse für politische Prozesse geworden sei⁹. Dennoch ist die fast uneingeschränkte Zustimmung der Öffentlichkeit wie zuletzt bei der Kaperung der „Friedensflottille“ eindeutig. Dayan wurde 1967 Verteidigungsminister, weil das Wahlvolk es wollte. Als ein Soldat Ende 1994 bei Ramallah in eine Demonstration von Fundamentalisten geriet und die aufgebrachte Menge um Erbarmen bat, drohte ihm ein Militärgerichtsverfahren, weil Regierung und Opposition nicht zulassen wollten, dass „unsere herrliche Armee zu Weichlingen verkommt“¹⁰. Gegenwärtig gehört zu den hilflosen

Opfern der seit dem Sommer 2005 im Gazastreifen festgehaltene Gefreite Gilad Shalit.

„Andere Staaten haben Armeen, in Israel hat die Armee einen Staat“¹¹

Wer allein auf aggressive Gewalt setzt, droht politisch an aggressiver Gewalt zu scheitern. Diese Erfahrungen hat Israel im Oktoberkrieg 1973, in den Libanon-Kriegen 1982 und 2006 sowie im Gaza-Krieg 2008/2009 gesammelt. Interne Berichte verlangten zwar den Rücktritt von Generalstabschef David Elazar (1973), die Entfernung von Ariel Sharon aus dem Verteidigungsministerium (1982) und unterstellten Generalstabschef Dan Halutz strategische Unfähigkeit (2006). Gleichwohl ist eine unabhängige, womöglich international besetzte Kommission zur Untersuchung von Vorwürfen, wie sie von „amnesty international“, von „Human Rights Watch“ und vom „Euro-Mediterranean Human Rights Network“ verlangt werden, gemäß den bekannten Pawlowschen Reflexen unterblieben. Denn grundlegende Konsequenzen waren unerwünscht.

Golda Meir verzichtete 1974 zugunsten des früheren Generalstabschefs Yitzhak Rabin, und Menachem Begin – er wurde in militärischen Angelegenheiten abfällig als rhetorischer Laienspieler bezeichnet¹² – musste der „Koalition der nationalen Einheit“ aus „Likud“ und Arbeitspartei weichen. Ihr Verteidigungsminister war Rabin, der im Rahmen der Osloer Vereinbarungen von 1993 und 1995 dem Hinweis auf einen künftigen Staat Palästina aus dem Wege ging. Nach dem zweiten Libanon-Krieg trat Generalstabschef Moshe Yaalon zurück und stieg zum Minister für strategische Angelegenheiten auf. Neben Netanyahu lenkt der frühere Generalstabschef und heutige Verteidigungsminister Ehud Barak faktisch die auswärtigen Angelegenheiten besonders zu den USA, während Avigdor Lieberman auf Missionen von untergeordnetem außenpolitischem

Interesse entsandt wird. Dass im Herbst 2009 eine rechtsförmig einwandfreie Bewertung des Goldstone-Reports verhindert wurde, hat erneut den langen Arm des Militärs bei Entscheidungsfindungen belegt. Nach den Eingriffen der Marine-Spezialeinheit Ende Mai 2010 auf offenem Meer ist nichts anderes zu erwarten.

Die „neue Verdienstadel“

Der liberal-konservative Politologe Amos Perlmutter (Harvard University) hat die Niederlage der Arbeitspartei 1977 darauf zurückgeföhrt, dass nach dem Junikrieg ein „neuer Verdienstadel“ aus Generälen im Ruhestand, Polizeichefs, hohen Beamten und Technokraten sowie einer kleinen Zahl von Professoren, Wissenschaftlern und Journalisten entstand¹³. Genau zwanzig Jahre später hat der an der University of California in Davis lehrende Zeev Maoz diese These noch einmal aufgenommen: „Ein Netzwerk der ‚alten Jungs‘ aus ehemaligen Generälen hat sich mit gemeinsamen politischen und militärischen Überzeugungen jenseits des Links-Rechts-Kontinuums in der israelischen Eliten herausgebildet¹⁴.“ Was der amerikanisch-libanesischer Politologe Rashid Khalidi (Columbia University) generell für die USA im Nahen Osten konstatiert hat¹⁵, war auch in Israel *mutatis mutandis* eine Maxime – die Suche nach Bündnissen mit politisch-restaurativen Kräften im regionalen Umfeld. Dabei stand regelmäßig das palästinensische Problem im Vordergrund: In der Allianz mit dem Haschemiten in Jordanien und mit den Phalangisten im Libanon sollte ein palästinensischer Staat verhindert werden. König Husseins Verzicht auf die Westbank im Sommer 1988 spielte der israelischen Politik in die Hände. Die Anlehnung an Ägypten im Blick auf den Gazastreifen unterschätzt den Kampf des Mubarak-Regimes ums Überleben bei den bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2010 und 2011.

Israel fühlt sich außerstande, sich aus den eigenen Fallstricken zu befreien, weil ihm eine Friedensdiplomatie fehlt. Vor mehr als zwanzig Jahren hat Amos Perlmutter Israel als einen „totalen Garnisonsstaat“ bezeichnet, eingekreist von unversöhnlichen und gut bewaffneten Feinden. Darüber sei nach 1967 aufgrund des absoluten Vertrauens in die Fähigkeit zur militärischen Abschreckung die Diplomatie ignoriert worden, obwohl die Realität die Anerkennung erfordert hätte, dass rein militärische Ansätze die Sicherheitsprobleme nicht lösen¹⁶. Ohne eine lang angelegte Strategie, hat Alon Ben-Meir (New York University) bemerkt, werde sich die Fixierung Israels auf „ Hamas“ gegen das Land selbst wenden, indem es wissentlich auch dann noch in die Hände des Gegners spiele, wenn die Sympathie der internationalen Gemeinschaft für Israel aufgebraucht sei¹⁷. Selbst das Angebot neuerlicher diplomatischer Beziehungen Qatars konnte die Regierung in Jerusalem im Mai 2010 nicht dazu veranlassen, dem Emirat die Lieferung von zivilen Hilfsgütern für den Gazastreifen zu erlauben, obwohl das Herrscherhaus zugesichert hatte, dass sie nicht „ Hamas“ zugute kommen würden.

Peinliche Affären, die wichtige materielle und geistige Ressourcen banden, haben die Demokratiedefizite weiter vermehrt und veranlassten Anfang der 1990er Jahre Ehud Sprinzak (Hebräische Universität in Jerusalem) dazu, seinem Land einen „Eliten-Illegalismus“ zu bescheinigen¹⁸. Damals ging es um den Bericht des Staatskontrolleurs – vergleichbar mit dem Bundesrechnungshof –, der führenden Mitgliedern des regierenden „Likud“ den Missbrauch öffentlicher Gelder vorwarf¹⁹. Seither mussten mehrere Minister und Spitzenbeamte den Dienst aus ähnlichen Gründen quittieren. Im Juni 2009 wurde der frühere Finanzminister Avraham Hirschson wegen Diebstahls von umgerechnet 450.000 Euro aus der Kasse der Nationalen Arbeitsorganisation (vormals „Histadrut“) verurteilt. Gegen Ehud Olmert sind seit langem mehrere Klagen wegen Korruption und unerlaubter Vorteilsnahme in Vorbereitung. Die

Vorwürfe gegen ehemalige Offiziere wegen passiver Bestechung bei Rüstungskäufen sind Legion.

Vernachlässigte Sozialpolitik als Sicherheitskomponente

Nicht weniger wichtig als das militärische Abschreckungspotential ist jene Sicherheit, die auf einer freien und informierten Gesellschaft gründet. Nur sie ist in der Lage, Verhaltensweisen der Regierung nachdrücklich zu kontrollieren. Angesichts der genannten Verflechtungen und Eskapaden findet diese Erkenntnis jedoch kaum öffentliche Beachtung. Nach einer Studie des unabhängigen „Taub Center for Social Policy Studies“ vom Frühjahr 2010 steht zu erwarten, dass die Zahl der in Schule und Berufsvorbereitung mangelhaft Qualifizierten und die hohen Geburtenüberschüsse unter der ultraorthodoxen jüdischen Bevölkerungsmehrheit und in der arabischen Gesellschaft Israels – bei erheblicher Korrelation zwischen den genannten Faktoren – in dreißig Jahren fast achtzig Prozent der jüdischen und arabischen Bevölkerung Israels ausmachen. Sie würden dem Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts qualitativ und quantitativ kaum angemessen zur Verfügung stehen, hieß es in der Studie. Nach einem weiteren Bericht lernen 52 Prozent der Grundschüler in den verschiedenen religiösen Schultypen²⁰.

Solange die Komponenten „Sozialpolitik“ und „Sicherheit“ gegeneinander ausgespielt werden – der Abstand zwischen Arm und Reich wächst immer stärker –, sind die Konfiszierung palästinensischer Böden für den Siedlungs- und Straßenbau, die Häuserzerstörungen, die Vormacht des Militärs durch Einrichtung sogenannter Sicherheitszonen sowie seine als allgegenwärtig empfundene Präsenz die zwei Seiten derselben Medaille: Sie bedingen einander und belegen die Doktrin von der „aufgeklärten Besatzung“ als einen Widerspruch in sich. Die allmähliche Verrohung der Soldaten im Verhalten gegenüber den

Palästinensern²¹ gehört zu den tagtäglichen Erscheinungsbildern. Im Zuge des Versagens der „checks and balances“ hat die Regierung dem Militär in der Westbank ein willkommenes Vakuum eingeräumt: Sie überlässt ihm die Gestaltungsmacht, weil sie sich aus außenpolitischen Rücksichtnahmen nicht abschließend zur Zukunft der palästinensischen Gebiete äußert. Im Ergebnis sind die Armee und der „Rat der Siedlungen im Gazastreifen sowie in Judäa und Samaria“ eine Kooperation zum gegenseitigen Vorteil eingegangen.

Westliche Missverständnisse

Solange der politische Westen davon Abstand nimmt, seine uneingeschränkten Sicherheitsgarantien für Israel an nachweisbare politische Fortschritte mit den Palästinensern zu binden, blockiert er sich selbst. Dabei hat er sich einem Etatismus verschrieben, der die Zivilgesellschaften im Nahen Osten sträflich vernachlässigt. In Ägypten hat er das präsidentiale Verdikt akzeptiert, das sich „Einmischungen in innere Angelegenheiten“ selbst dann verbietet, selbst wenn sich die Hilfsangebote im Rahmen der Mittelmeer-Union in der Nachfolge des Barcelona-Prozesses bewegen. In Israel und in den palästinensischen Gebieten sind die dramatischen Rufe nach Unterstützung aus dem friedenspolitischen Lager mit dem Verweis auf die Führungsrolle der USA abgesehen worden. Prominente israelische Autoren aus der Friedensszene sind zwar ins Berliner Auswärtige Amt eingeladen worden, ohne dass jedoch mit ihren Lesungen und Gesprächen das Nachdenken über politisch-operative Konsequenzen einherging.

Die internationale Staatengemeinschaft hat gezögert, die Logik jenes Mechanismus verstehen zu wollen, der Sicherheit lediglich in militärisch-strategischen Kategorien definiert. Als das Brüsseler NATO-Hauptquartier Mitte 2004 nach palästinensischem Druck in Israel anfragte, ob die Stationierung einer Friedenstruppe in der Westbank willkommen sei, ging bei Generalsekretär Jaap de Hoop

Scheffers die Antwort ein, Israel lasse sich in seiner Operationsfreiheit nicht einschränken; eine zweite Anfrage Ende 2008 wurde ebenfalls negativ beschieden²². Vorbereitende Gespräche über eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten scheiterten bislang auch an diesem Vorbehalt.

Auch wenn für Israel die Spielräume enger zu werden scheinen, sein Handeln international plausibel zu vermitteln, ist die Aufwertung der israelisch-europäischen Beziehungen auf dem Felde der verstärkten militärischen Koordination und Kooperation zum einseitigen Nutzen ausgefallen: Zwar hat Israel im Januar 2010 Zugang zum System der NATO für die Identifizierung und Klassifizierung von feindlichem Ausrüstungsmaterial erhalten, aber die Einbindung in politisch-strategische Entscheidungsstrukturen ist ausgeblieben. Hier rächt sich einmal mehr, dass die westlichen Hauptstädte ständig auf kosmetische Eingriffe in Gestalt von Interimsvereinbarungen gesetzt haben, die bei jeder nächsten Krise ihre Gültigkeit verloren, und über einen nicht näher ausgewiesenen „politischen Horizont“ den Einsatz für die Endstatus-Regelung hintanstellten. Wenn Frank-Walter Steinmeier zuvor und Angela Merkel zuletzt ihre Bereitschaft erklärt haben, zur Verbesserung der Beziehungen zu Russland eine politische Führungsrolle in Europa zu übernehmen, so bleibt unerfindlich, warum sich Berlins Diplomatie in Abstimmung mit London und Paris bei der Auslotung von politischen Chancen ausgerechnet im Nahen Osten, der zu den weltpolitischen Brandherden gerechnet wird, so zurückhaltend verhält. Denn Joschka Fischers „Humboldt-Rede“ mit der Idee unterschiedlicher europäischer Geschwindigkeiten macht längst Fortschritte, wie der französische Vorschlag einer europäischen Komponente bei der Sicherung der Seewege vor der Küste des Gazastreifens erkennen lässt.

Der übliche Hinweis auf den schwierigen Balanceakt unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten will ebenso wenig überzeugen – wäre da nicht zusätzlich die schwere Finanzkrise mit der Gefahr des schleichenden

Verfalls europäischer Gemeinsamkeiten, dem alle zukunftsweisenden Pläne zum Opfer fallen würden – wie das Zuwarten auf durchgreifende Initiativen aus Washington, bei denen Vorsicht geboten wäre, um den Anschein des verlängerten Arms zu vermeiden. Doch warum zögert Europa, die dringend erforderliche Annäherung zwischen den verfeindeten Brüdern in der Westbank und im Gazastreifen tatkräftig zu unterstützen und frühzeitig einen Schirm für deren Absicherung aufzuspannen? Ist die Verärgerung über den ausbleibenden Ausgleich derart groß, dass sich die Vorstellung breitgemacht hat, die Fraktionierungen in der palästinensischen Gesellschaft würden die mangelnde Reife für die nationale Souveränität beglaubigen? Oder verbirgt sich hinter der aus Nervosität resultierenden Abstinenz gar eine tiefe, ins Prinzipielle tendierende Resignation über die tatsächlichen Chancen für eine Zweistaatenregelung? Um solche Ungewissheiten zu zerstreuen, wäre es erforderlich, mit einer Ausweitung der privilegierten Partnerschaft auf die Palästinenser der nationalen Unebenbürtigkeit allmählich beizukommen. Ein erster Schritt in die richtige Richtung war der Deutsch-Palästinensische Lenkungsausschuss auf Ministerebene im Frühjahr dieses Jahres. Lässt sich die Ebenbürtigkeit zu Israel nicht durchsetzen, würde sich unweigerlich die Vertrauensfrage in die Resolutionen und Demarchen der eigenen Kanzleien stellen – und mithin die Zweifel an der Bereitschaft bei der Suche nach dem Frieden vermehren.

Mit dem Rücken zur Wand

Die israelische Politik hat auf den Faktor „Zeit“ gesetzt. Die Welt werde sich, wenn auch notgedrungen, eines Tages mit den vollendeten Tatsachen der schleichenden Annexion abfinden. Spätestens seit den militärischen Eingriffen auf offenem Meer mögen Tel Aviv und Jerusalem im Urteil zahlreicher Hauptstädte den Bogen überspannt haben. In Israel jedoch korrespondiert die mangelnde Bereitschaft, die internationale Kritik ernst zu nehmen,

mit der erneuten Zuflucht in jene „splendid isolation“, die sich auf die biblische Prophezeiung vom „Volk, das allein wohnt“ (Num. 23,9²³) und die darauf Bezug nehmende Vorstellung beruft, dass das jüdische Volk aufgrund seiner – exegetisch häufig als unfreiwillig bezeichneten – göttlichen Erwählung eine Existenz jenseits der Geschichte führen müsse. Aufgrund der militärischen Siege über die zahlenmäßig stärkeren arabischen Feinde glaubte dieser Mythos immer wieder eine formale Bestätigung zu finden, und lief darauf hinaus, in selbstherrlicher Positur sich Mitteln der politischen und militärischen Unverhältnismäßigkeit aus der Überzeugung heraus bedienen zu können, dass Sanktionen ausbleiben würden. Mit dieser Gewissheit hat es Israel in weiten Teilen der internationalen öffentlichen Meinung dazu gebracht, das Image Irans und Nord-Koreas als „Schurkenstaat“ zu teilen. Dass Israel nach wie vor das Recht auf nationale Existenz abgesprochen wird, wird dabei zwar übersehen, aber die Regierungen in Jerusalem haben sich einer ernsthaften Prüfung der Frage entzogen, welchen Anteil sie an dieser dramatischen Zuspitzung haben.

Spartas Untergang lag nicht die militärische Übermacht seiner äußeren Widersacher zugrunde, sondern seine regionale Hegemonie zerbrach an inneren Widersprüchen. Zu viele ausdrückliche und verdeckte Grundlagen des Sicherheitsdogmas und der Außenpolitik des „Sparta in moderner Zeit“, so Zeev Maoz, seien gleichsam zu religiösen Axiomen aufgestiegen und hätten sich ihrer empirischen Nachprüfung entzogen²⁴. Auf asymmetrische Kriege wie gegen „Hisbollah“ und „ Hamas“ bleiben die Antworten aus. Der gegen die Palästinenser pathologisch belastete Einwand, sie seien keine Partner für den Frieden, richtet sich inzwischen als „self-fulfilling prophecy“ gegen Israel selbst. Sollte der Iran entgegen den Warnungen seiner Nachbarn Türkei und Russland Hilfsgüter in paramilitärischer Begleitung nach Gaza schicken, werden sich die Vorwürfe mehren, Israel habe geplante Embargomechanismen gegen Teherans Nuklearprogramm unterlaufen.

-
- ¹ So Avi Primor: Empört und verkrampft, in SZ 09.06.2010, S. 2.
 - ² Vgl. Reinhard Müller: Blockade der Selbstverteidigung, in FAZ 08.06.2010, S. 10.
 - ³ Ehud Sprinzak: The Israeli Right, in Keith Kyle and Joel Peters (eds.): Whither Israel? The Domestic Challenges. London and New York 1993, S. 117 ff.
 - ⁴ Uri Ben-Eliezer: The Emergence of Israeli Militarism, 1936–1956. Tel Aviv 1956; ders.: The Making of Israeli Militarism. Bloomington and Indianapolis 1998.
 - ⁵ Amir Oren: Learning curve, in „Haaretz“ 07.04.2006.
 - ⁶ Tom Segev: 1967. Israels zweite Geburt. Berlin (2007), S. 197.
 - ⁷ Yehuda Ben-Meir: Civil-Military Relations in Israel, in Kyle/Peters: Whither Israel, a.a.O., S. 223 ff., hier S. 230 unter Bezugnahme auf einen Aufsatz von Samuel Huntington.
 - ⁸ Yehuda Ben-Meir: Civil-Military Relations, a.a.O., S. 231.
 - ⁹ Akiva Eldar: Hammer blows, in „Haaretz“ 30.04.2006.
 - ¹⁰ Jörg Bremer in FAZ 28.12.1994, S. 4. Der Autor zitierte Oppositionsführer Ariel Sharon. Auch Ministerpräsident Yitzhak Rabin äußerte sich ähnlich abfällig. Die Zerstörung des Mythos vom unbesiegbaren Soldaten gefährde den Bestand Israels, lautete das Urteil in Militärkreisen.
 - ¹¹ Bonmot von Dan Wischnitzer, mitgeteilt in einem persönlichen Brief an den Autor. Wischnitzer war zwischen 1960 und 1992 hauptamtlicher Mitarbeiter von „Mapam“, davon die letzten zehn Jahre als Sekretär des „Israel Peace Committee“.
 - ¹² Amir Oren: Learning curve, a.a.O.
 - ¹³ Amos Perlmutter: Politics and the Military in Israel 1967–77. London 1978, S. x.
 - ¹⁴ Zeev Moaz: Defending the Holy Land. A Critical Analysis of Israel's Security & Foreign Policy. Ann Arbor 2006, S. 41.
 - ¹⁵ Rashid Khalidi: The Iron Cage. The Story of the Palestinian Struggle for Statehood. Boston 2006, S. xiv.
 - ¹⁶ Amos Perlmutter: Politics and the Military in Israel, a.a.O., S. 3, 17 + 78.
 - ¹⁷ Alon Ben-Meir: A self-defeating fixation, in „The Jerusalem Post“ 29.05.2010.
 - ¹⁸ Ehud Sprinzak: Elite Illegalism in Israel and the Question of Democracy, in Ehud Sprinzak and Larry Diamond (eds.): Israeli Democracy Under Stress. Boulder and London (1993), S. 173 ff.
 - ¹⁹ Ehud Sprinzak: The Israeli Right, in Kyle/Peters: Whither Israel, a.a.O., S. 136 f.
 - ²⁰ Sefi Rachlevsky: A nightmare experience, in Haaretz“ 11.06.2010.
 - ²¹ Joseph Croitoru: Tatort Kontrollposten, in FAZ 03.12.2003, S. 35. Der Autor berichtete über das Buch „Kontrollposten-Syndrom“ von Liran Ron-Furer, der eindringlich und mit zahlreichen Belegen sadistische Praktiken von Soldaten geschildert hat.
 - ²² Yaakov Katz: From the Iron Curtain to Afghanistan... to the West Bank?, in „The Jerusalem Post“ 29.05.2010.

²³ „... Sieh, ein Volk ist's, das abseits wohnt, das nicht zu den andern Völkern rechnet.“

²⁴ Zeev Moaz: Defending the Holy Land, a.a.O., S. viii + 6.

-.....-